

Politisches Sein gegen wirtschaftlichen Schein? Die Türkei und ihre Rolle auf dem Balkan

Vedran Dzihic und Cengiz Günay



Kurzanalyse verfasst im Rahmen der Kooperation mit dem
Bundesministerium für Landesverteidigung

Zusammenfassung

Noch in den 2000er Jahren galt die Türkei auf dem Balkan als ein verlässlicher Partner der EU. Die Abstimmung der Balkan-Politik zwischen der EU und der Türkei nahm allerdings in den letzten Jahren zunehmend ab, verstärkt auch durch den rauen Ton zwischen der EU und der Türkei in den letzten Jahren. Diese Kurzanalyse geht der Frage nach, wie sich die Entfremdung der beiden Parteien auf dem Balkan auswirkt und wie stark tatsächlich der türkische Einfluss – sowohl politisch als auch wirtschaftlich – in der Region ist. Die Türkei präsentiert sich als Schutzmacht der MuslimInnen und ist für viele Menschen am Balkan ein Vorbild. Vor diesem Hintergrund wird in dieser Kurzanalyse der schwierigen Frage nachgegangen, inwieweit Erdogans kompetitiv autoritäres System (mit islamisch-nationalistischer Färbung) einen Referenzpunkt für lokale PolitikerInnen auf dem Balkan darstellt und inwieweit die Türkei damit in Konkurrenz zur Politik der EU steht.

Keywords

Türkei, Erdogan, Westbalkan, Bosnien und Herzegowina, EU-Erweiterung, Autoritarismus

Autoren

Dr. Vedran Dzihic ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am oiip für die thematischen Schwerpunkte Westbalkan, EU-Erweiterung und Demokratisierung und Vortragender am Institut für Politikwissenschaften der Universität Wien.

Dr. Cengiz Günay ist stellvertretender wissenschaftlicher Direktor des oiip, Senior Researcher und Lektor an der Universität Wien. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören: Islamismus, politische Reform, Demokratisierung, Außenpolitik und die Rolle von nicht-staatlichen Akteuren. Sein regionaler Fokus liegt auf der Türkei, Ägypten und Tunesien.

Impressum:

Österreichisches Institut für Internationale Politik – oiip,
1090 Wien, Berggasse 7, www.oiip.ac.at, info@oiip.ac.at
Copyright © 2017

Einleitung

Noch in den 2000er Jahren galt die Türkei auf dem Balkan als ein verlässlicher Partner der EU. Die Türkei akkordierte ihre regionale Politik mit der EU, beteiligte sich militärisch an NATO-Truppen in der Region und spielte eine wichtige Vermittlerrolle vor allem zwischen Serben und bosnischen Muslimen. Die Abstimmung der Balkan-Politik zwischen der EU und der Türkei nahm allerdings in den letzten Jahren zunehmend ab. Während einige in der EU (darunter auch der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz) offen einen Abbruch der Beitrittsverhandlungen fordern, entgegnet der türkische Präsident Erdogan Kritik aus der EU an seiner Politik mit harscher Gegenkritik. Der Ton zwischen der EU und der Türkei wurde vor allem nach dem Putschversuch des 15. Juli 2016 rauer. Auf beiden Seiten werden dabei gerne kulturalistische Argumente bedient.

Es stellt sich nun die Frage, wie sich die Entfremdung der beiden Parteien auf dem Balkan auswirkt. Seit dem Ende der Jugoslawien-Kriege gilt die EU (zusammen mit den USA) auf dem Balkan als wichtigster Akteur. Allerdings kann in den letzten Jahren in dieser Region von einer Schwächung demokratischer Kräfte und dem Trend hin zu autoritären Formen des Regierens gesprochen werden. Parallel zur Krise der liberalen Demokratie, bzw. einer Schwächung der normativen Kraft der EU fanden andere geopolitische Player vermehrt die Möglichkeit sich auf dem Balkan Einfluss zu schaffen. Diese neuen Player stehen immer mehr und immer offensichtlicher in direkter Konkurrenz zur EU. Gemeinsam mit Russland wird in diesem Zusammenhang vermehrt auch eine immer autoritärer geführte Türkei genannt.

Die türkische Balkanpolitik zielt vor allem auf die muslimischen Gruppen in der Region ab, betrifft aber nicht nur diese. Sie ist zudem

einerseits von wirtschaftlichen und andererseits von geopolitischen Interessen motiviert. Während eine wachsende türkische Präsenz sichtbar und spürbar ist, ist der tatsächliche Einfluss schwierig zu messen. Hier soll der schwierigen Frage nachgegangen werden, inwieweit Erdogans kompetitiv autoritäres System (Levitsky und Way 2010) mit islamisch-nationalistischer Färbung bzw. einem neuen Führerkult, einen Referenzpunkt für lokale PolitikerInnen auf dem Balkan darstellt und inwieweit die Türkei damit in Konkurrenz zu der Politik der EU steht.

Erdogan und die Türkei als Schutz-macht der Muslime auf dem Balkan

Unter der muslimischen Bevölkerung der Region, in Bosnien und Herzegowina, in Albanien und Teilen von Mazedonien und Serbien (hier insbesondere in der südwestlichen serbischen Provinz Sandzak), gibt es aufgrund der gemeinsamen osmanischen Geschichte bzw. oft auch familiärer Verbindungen, traditionell eine relativ große Sympathie für die Türkei. Auch Präsident Erdogan gilt aufgrund seiner Rhetorik, die zum einen die Opferrolle der Muslime in der Welt betont und zum anderen zu Solidarität (unter seiner Führung) aufruft, unter Balkan-MuslimInnen als einer der populärsten Politiker.

Wie stark die Loyalität zur Türkei und auch zu Erdogan ist, zeigt sehr illustrativ folgende Aussage des bosnischen Präsidenten Bakir Izetbegovic. Dieser meinte in Reaktion auf den Ausgang des Verfassungsreferendums in der Türkei im April 2017: „Dies (der Ausgang des Referendums – Anm. D. Autors) wird meiner Meinung nach die Türkei stabilisieren und sie zu einer noch mächtigeren regionalen Macht machen. Die Türkei spielt eine sehr stabilisierende und sehr positive Rolle in diesem Teil der Welt und ich bin der Meinung, dass eine starke Führung in der Türkei gut ist.“ (Radio

Slobodna Evropa, 17.4.2017) Bakir Izetbegovic hat auch, ebenso wie andere PolitikerInnen am Balkan, enge persönliche Beziehungen zu Tayyip Erdogan und seiner Familie. Izetbegovic war unter anderem mit dem albanischen Premierminister im Mai 2016 zur Hochzeitsfeier von Erdogans Tochter eingeladen. (Jergovic 2017)

Als ein weiterer Beweis für die Bewunderung Tayyip Erdogans als Fürsprecher einer transnationalen muslimischen Solidargemeinschaft kann sein Empfang während seines jüngsten Besuchs im mehrheitlich muslimisch besiedelten Novi Pazar in Serbien gewertet werden. Nachdem Erdogan vom serbischen Präsidenten Aleksandar Vucic mit einer großen Wirtschaftsdelegation mit höchsten Ehren empfangen worden war, besuchte er die Hauptstadt der südserbischen Region Sandzak. Erdogan wurde in der Stadt als „größter Bruder des muslimischen Volkes der Region“ begrüßt, (Al Jazeera Balkans, 11.10.2017) bzw. in Anwesenheit von Präsident Vucic als der „wahre Präsident“ der muslimischen Bewohner der Region gefeiert. In seiner Ansprache an die Bosniaken der Stadt sprach Erdogan mit viel Pathos die enge Verbindung des türkischen Volkes und der Muslime der Region an: „Euer Glück ist auch unser Glück. Euer Leid auch unser Leid.“ (ebd.)

Der Balkan in der türkischen (Außen)Politik

Die Türkei hat den Balkan in den letzten zwei Jahrzehnten „wiederentdeckt“. Aufgrund der jahrhundertelange Herrschaft des osmanischen Reiches auf dem Balkan und der starken kulturellen und identitären Bindung zwischen den muslimischen Bevölkerungen des Balkans und der Türkei, ist parallel mit dem wirtschaftlichen Aufstieg der Türkei seit den 2000er und einem neuen Selbstbewusstsein, das Engagement und sicherlich auch die sym-

bolische Strahlkraft der Türkei am Balkan gestiegen.

Aus türkischer Sicht gilt der Balkan historisch betrachtet als eine Kernzone des Osmanischen Reichs und geopolitisch als eine wichtige Landverbindung nach Europa, das weiterhin den wichtigsten Exportmarkt für die türkische Wirtschaft darstellt. Zudem gibt es in der heutigen Türkei viele Menschen, deren Vorfahren aus dem Balkan in das Land eingewandert sind. Zu den wichtigsten Balkangemeinden in der Türkei zählen neben den Bosniaken, die Albaner und die Bulgaren-Türken. Während ein großer Teil mit Ende des 19. Oder am Anfang des 20. Jahrhunderts mit dem Zerfall des Osmanischen Reichs einwanderte, kam es in den 1990er Jahren in Folge der ex-jugoslawischen Staatszerfallskriege zu einer neuerlichen Einwanderungsbewegung.

Seit den 1990er Jahren versucht sich die Türkei wieder als aktiver Player auf dem Balkan zu positionieren. Die Balkan-Politik der Türkei baute auch unter früheren Regierungen auf die historischen, ethnischen und religiösen Beziehungen auf. Die Türkei präsentierte sich damit nicht nur als Erbe des Osmanischen Reichs, sondern auch als Schutzmacht für die Muslime der Region. Als Ausdruck dieser Identitätspolitik gilt auch die Restaurierung von Baudenkmälern aus der osmanischen Epoche durch die türkische Entwicklungsagentur (TIKA), oder die Durchdringung der Region mit türkischer Kultur bzw. Medien (Clewing/Schmitt 2011). Bei Letzterem waren die Aktivitäten vor allem durch staatliche Agenturen gelenkt. Die Identitätspolitik auf dem Balkan wurde unter der AKP Regierung seit 2002 weiter fortgesetzt bzw. weiter vorangetrieben. Dazu gehören z. B. auch den Aufbau der Yunus Emre Kulturzentren. Diese haben Büros in allen Staaten der Region mit muslimischen Bevölkerungsanteilen: Albanien, Bosnien, Kosovo und Mazedonien. Sie unterstützen neben vielen anderen kulturellen Aktivitäten auch

das Erlernen der türkischen Sprache. Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass keines der Yunus Emre Zentren in Regionen des Balkans eingerichtet wurden, in denen nicht mehrheitlich Muslime leben. So wurden beispielsweise in Bosnien und Herzegowina drei Zentren ins Leben gerufen, kein einziges davon in der mehrheitlich serbischen besiedelten Entität des Landes, in der Republika Srpska.

Ahmet Davutoglus (zunächst Berater von Erdogan, dann Außenminister und zuletzt Premierminister) These der „strategischen Tiefe“ spielte im Kulturexport eine wesentliche Rolle. Davutoglus Strategie sieht die Türkei am Kreuzungspunkt verschiedener Weltregionen mit einer außergewöhnlichen geostrategischen Lage und als Erbe des Osmanischen Reiches mit einer besonderen kulturellen und historischen Tiefe ausgestattet. Seine Politik zielte demnach darauf ab, diese Tiefe als Bestandteil der türkischen Außenpolitik zu mobilisieren und für die Durchsetzung türkischer Interessen zu nutzen. Dem Balkan kommt in Davutoglus Strategie eine wesentliche Rolle zu.

Die verstärkte Bezugnahme auf das Osmanische Reich führte dazu, dass die türkische Politik unter der AKP vor allem aus westlicher Perspektive als neo-osmanisch bezeichnet wurde. Dies stand grundsätzlich noch nicht automatisch im Widerspruch zu den Prioritäten und zur Rolle der EU am Balkan. Noch 2010 notierte die EU in ihren Fortschrittsberichten, dass die EU am Balkan die EU-Integration unterstütze und dem Fortschritt der gesamten Region – durchaus im europäischen Sinne – verschrieben sei. In diesem Zeitraum gab es auch intensive Vermittlungsversuche der Türkei in der Region wie zum Beispiel die von der Türkei vermittelten Treffen der regionalen Präsidenten mit dem Ziel einer Aussprache über die Vergangenheit und dem Abbau von kriegsbedingten Animositäten.

(Vracic 2016) Einige Jahre später, und mit der zunehmenden Krise in den Beziehungen zwischen der Türkei und der EU, haben sich auch die Koordinaten des türkischen Einflusses am Balkan bzw. deren Wahrnehmung verändert.

Kultur und Bildung als Element der Identitätspolitik

Die Identitätspolitik gewann unter den AKP Regierungen seit 2002 eine wachsende religiöse Dimension. Dabei wurden in die Balkanpolitik verstärkt auch religiöse Gemeinschaften und Gruppen als „Pressure Groups“ bzw. als VertreterInnen der Strategie eingebunden. Islamische Gemeinschaften spielten auch eine Rolle im Aufbau von qualitativ hochwertigen und unter türkischer Leitung stehenden Schulen. Dazu gehörten Bildungseinrichtungen beginnend bei Kindergärten über Mittel- und höhere Schulen bis hin zu Universitäten. Die Gülen-Bewegung spielte hier eine wichtige Rolle.

Gleichzeitig stellt der Bildungsbereich ein wichtiges Konfliktfeld dar. Während die Gülen-Bewegung ein wichtiger Akteur der türkischen Kultur- und Bildungspolitik in der Region war, erhöhte die türkische Regierung nach dem Putschversuch vom 15. Juli 2016, für den sie die Gülen-Bewegung verantwortlich macht, den Druck auf die Staaten der Region, die Zusammenarbeit mit den Bildungseinrichtungen (Schulen) der Gülen-Bewegung abubrechen, bzw. diese zu schließen. Am heftigsten wurde um die vierzig Schulen und Bildungseinrichtungen aller Stufen gestritten, die zur Hizmet-Bewegung gehören. Fünfzehn dieser Institutionen befinden sich in Bosnien, zwölf in Albanien, sieben in Mazedonien, fünf im Kosovo und eine in Serbien. Einige dieser Schulen bekennen sich offen zu Gülens Hizmet-Bewegung und deren Werten, andere bestreiten jegliche Beziehungen zum Prediger.

Die Reaktionen der einzelnen Regierungen auf den Druck der türkischen Regierung waren äußerst unterschiedlich. In Albanien und Kosovo wurden beispielsweise die Versuche Ankaras als Einmischung in innere Angelegenheiten höflich zurückgewiesen. In Bosnien, wo auch die Beziehungen zwischen der bosniakischen politischen Führung und Präsident Erdogan am engsten ist, versuchte man den Wünschen aus Ankara so weit wie möglich entgegenzukommen, ohne dabei aber als Befehlsempfänger erscheinen zu wollen. In Mazedonien wiederum zeigte man Flexibilität. Es wurden einige geschlossen, bei anderen soll weiterhin geprüft werden.

Mit dem Konflikt rund um die Gülen-Bewegung und ihrer Einrichtungen am Balkan wurde der innertürkische Konflikt zwischen Erdogan und der Gülen-Bewegung nach Bosnien-Herzegowina, Albanien, Kosovo und Mazedonien hineingetragen. Mit der ultimativen Aufforderung von Erdogan in dieser Frage, versuchte er das erste Mal unverblümt seine Macht und seinen Einfluss am Balkan zu demonstrieren. Die Reaktionen zeigten einerseits die Reichweite des türkischen Einflusses, vor allem in Bosnien und Herzegowina, andererseits aber auch die Grenzen und die Widersprüchlichkeiten des türkischen Einflusses am Balkan auf. Die Mehrheit der Staaten wies die Versuche der direkten Einmischung höflich aber bestimmt zurück. Somit zeigt sich, dass trotz eines selbstbewussten Auftretens der türkischen Führung und der relativ großen Sympathie unter MuslimInnen auf dem Balkan generell für die Türkei und speziell für Präsident Erdogan, dass die Unterstützung eher auf symbolischer Ebene bleibt und der politische Aktionsradius insgesamt relativ beschränkt ist.

Parteiverflechtungen als Teil der neuen Außenpolitik

Parallel zum Aufstieg des Autoritarismus in der Türkei kann auch eine verstärkte Vermischung zwischen Partei-Interessen und –Politik sowie der Außenpolitik beobachtet werden. Dies gilt insbesondere für Regionen wie den Nahen Osten und den Balkan, wo die AKP historische Verbindungen ortet. In beiden Regionen sieht sich die AKP als ein Rolemodell für moderat islamistische Parteien, die sich in das parlamentarische System integrieren.

Auf dem Balkan sind diese Parteiverbindungen vor allem zwischen Erdogans AKP und der SDA von Bakir Izetbegovic in Bosnien Herzegowina zu beobachten. Präsident Erdogan spricht von seinem „Bruder Bakir“, den er auch regelmäßig bei Wahlen unterstützt. Auch die politischen und wirtschaftlichen Netzwerke zwischen den beiden Parteien und den politischen Persönlichkeiten sind besonders eng. Izetbegovic sieht sich ebenso mit Erdogan verbunden. Diese Verbundenheit demonstrierte er beispielsweise nach dem Putschversuch. Er war der erste, der Erdogan noch in der Putschnacht im Juli seine volle Unterstützung zusagte.

Jüngst wurde in Bosnien auch eine neue pro-türkische und pro-Erdogan Lobby-Organisation namens „Union of European Balkan Democrats“ (UEBD) gegründet. Die UEBD sorgte mit der Veröffentlichung eines Videos für viel Gesprächsstoff am Balkan. In dem auf Youtube veröffentlichten Video unter dem in Anspielung auf die aktuelle türkische Offensive in Syrien gewählten Titel „Olivenzweig aus Bosnien“ kommen zahlreiche Bosnier verschiedener Altersschichten und aus allen Regionen Bosniens zu Wort. Sie senden in fließendem Türkisch die besten Wünsche und Gebete an die türkischen Truppen in Syrien. (Balkan Insight, 23.2.2018) Es scheint so, als

würde akkordiert und finanziell bestens ausgestattet, Lobbying und Propaganda für die Erdogan-Politik betrieben. Während dies zum einen dem Ausbau des Einflusses der Türkei in Bosnien und am Balkan dienen soll, so hat dies zum anderen vor allem auch einen hohen Wert in der Türkei. Angesichts der Präsidentschaftswahlen 2019 soll das Video vor der türkischen Wählerschaft den großen Einfluss Erdogans in der Welt bezeugen.

Eine interessante Dimension, die in der Beziehung zwischen Bosnien und der Türkei in der letzten Zeit immer wieder zum Ausdruck kommt, ist der Wunsch der Bosniaken nach einer imaginären Größe, der die in ihrer Selbstwahrnehmung regional marginalisierten Bosniaken in die Hände der Türkei treibt. Erdogans Wunsch nach internationaler Bedeutung, durch die Führerschaft einer transnationalen muslimischen Schicksalsgemeinschaft, trifft somit auf die Sehnsucht der Bosniaken nach Anerkennung, Geltung und Schutz. Die Türkei unter Tayyip Erdogan dient dabei für Izetbegovics Partei als wichtiger Hebel im Machtpoker.

Ein wirtschaftliches Gleichgewicht

Die wirtschaftliche Präsenz der Türkei in den Ländern des westlichen Balkans blieb über die letzten Jahre weitgehend unverändert. Obwohl die Türkei eine wichtige kulturelle, historische und politische Rolle in der Region spielt, blieb ihre Wirtschaftsleistung in der Region weit unter jener von einzelnen EU-Ländern wie Italien, Deutschland aber auch Österreich zurück.

Bis 2004 gingen die jährlichen ausländischen Direktinvestitionen der Türkei auf dem Balkan fast ausschließlich nach Bulgarien und Rumänien. Ab Mitte der 2000er Jahre wurde dann eine ganze Reihe von bilateralen Abkommen mit der Türkei abgeschlossen, so dass auch die

türkischen Direktinvestitionen in anderen Ländern der Region stiegen. Vielfach waren die Investitionen allerdings auf Einzelprojekte beschränkt. Diese schienen zwar in der Gesamtbilanz auf, hatten aber meist kaum nachhaltigen Charakter. So wurden beispielsweise im Jahr 2007 42,2 Prozent der gesamten ausländischen Direktinvestitionen in Albanien aus der Türkei getätigt. Bei näherer Betrachtung zeigt sich allerdings, dass dies vor allem auf die Teilprivatisierung des albanischen öffentlichen Telekommunikationsunternehmens ALBtelecom zurückzuführen ist. Ähnlich zeigt sich, dass im Jahr 2010 in Bosnien und Herzegowina 61 Mio. USD aus der Türkei investiert wurden, wobei diese vor allem durch den Kauf von 49 Prozent der Anteile an der bosnischen Fluglinie „BH Airlines“ durch Turkish Airlines zu erklären sind. Dieser Deal wurde jedoch kurz danach wieder aufgekündigt.

Insgesamt ist festzuhalten, dass die türkischen Direktinvestitionen in der Region im Vergleich zu Investitionen aus anderen Ländern relativ unbedeutend blieben. Die Investitionen waren am höchsten in Bosnien, in Mazedonien, dem Kosovo und Albanien. Im Jahr 2015 hat die Türkei die FDI in der Region deutlich aufgestockt: 16,5 Mio. € 50 in Albanien, 32,1 Mio. € in Bosnien, 10,1 Mio. EUR in Montenegro, 10,1 Mio. EUR in Mazedonien, 14,6 Mio. EUR in Serbien und 54,1 Mio. EUR im Kosovo. (Vracic 2016)

Die Türkische Agentur für Zusammenarbeit und Koordination (TIKA) verfügt über Programmkoordinierungsbüros in fast allen Teilen der Region. In den meist von MuslimInnen bewohnten Gebieten des Balkans ist sie jedoch am stärksten aktiv. TIKA investierte in den letzten Jahren sehr viel in den Wiederaufbau und die Renovierung historischer Denkmäler wie Brücken, Springbrunnen, Residenzen oder Moscheen aus der osmanischen Ära. Zuletzt erhöhte sie aber auch die Investitionen

im Bereich der Wirtschaft, der regionalen Entwicklung bzw. im Bildungsbereich. (ebd.)

Die Türkei setzte sich in den letzten beiden Jahren zum Ziel, das Volumen des wirtschaftlichen Austausches mit dem Balkan zu erhöhen. Ende 2017 kündigte Ankara an, das Handelsvolumen mit Bosnien und Herzegowina von derzeit etwa 500 Millionen Euro auf eine Milliarde Euro zu steigern. (Kosmo, 27.10.2017) Anlässlich von Präsident Erdogans Besuch in Serbien im Oktober 2017 und des Gegenbesuchs von Aleksandar Vucic in Istanbul im Jänner 2018 wurden mehr als 20 neue Wirtschaftsverträge abgeschlossen. Man möchte auch in Serbien bei einem derzeitigen Handelsvolumen von etwa 800 Millionen Euro eine schnelle Erhöhung erreichen und neue türkische Investitionen tätigen. (Kosmo, 27.10.2017) Die ambitionierten wirtschaftlichen Vorhaben für Serbien und Bosnien und Herzegowina, in denen das Handelsvolumen am höchsten ist, entsprechen auch dem türkischen Vorhaben in anderen Staaten der Region größere Investitionen zu tätigen.

Eine wichtige Übereinkunft mit regionaler Bedeutung wurde Anfang des Jahres zwischen den Regierungen in Ankara, Belgrad und Sarajevo erzielt. Man einigte sich über den Bau einer Autobahn- und Schnellstraßenverbindung zwischen Sarajevo und Belgrad, die über zwei unterschiedliche Trassen ausgeführt werden soll. Von diesem Projekt, dessen Bauvolumen auf 800 Millionen Euro geschätzt wird und das größtenteils von türkischen Bauunternehmen ausgeführt werden soll, erwartet man sich nicht nur eine Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Serbien und Bosnien und Herzegowina, sondern auch eine Aufwertung der in der jüngsten Zeit immer wieder sehr stark kriselnden bilateralen Beziehungen. (Capital.ba, 25.1.2017)

Conclusio – Die Türkei und die EU auf dem Balkan im Wettstreit?

Eine zentrale Ebene, wo die Entwicklungen und Empfindungen in der Türkei als auch in den Ländern des Balkans korrelieren, ist die Ebene des Autoritarismus. Beim Problem des Erstarken von autoritären Tendenzen des Regierens stellt sich auch die Frage nach dem Zusammenhang zwischen der Schwäche der EU und ihrer Erweiterungspolitik, und der Zunahme von ideologischen Aktivitäten anderer geopolitischer Player am Balkan. Hier stellt sich die Frage, ob sich die türkische Rolle am Balkan angesichts der schwer in Mitleidenenschaft gezogenen Beziehungen zwischen der Türkei und der EU stark verändert. Einige Kommentatoren wie Ivan Krastev oder Nerzuk Curak sind der Meinung, dass sich Ankara selbst noch nicht entschieden hat, welche Rolle es am Balkan ausüben will und wie offensiv man hier den türkischen Einfluss einsetzen bzw. ausbauen möchte. Andere Kommentatoren sind der Meinung, dass sich die Türkei in der Region immer stärker als ein neues Role-Model außerhalb des Einflusses des Westens präsentiert. (Vuk Vuksanovic, 17.10.2017)

Verglichen mit großen Investitionen und dem Engagement der EU, ist der Einfluss der Türkei am Balkan trotz gesteigerter Aktivitäten, relativ bescheiden. Die Türkei ist weiterhin weder wirtschaftlich, politisch noch im Sicherheitsbereich zu einer dominanten Rolle am Balkan aufgestiegen. Hält man sich die teilweise großen Sympathien der muslimischen Bevölkerungen für den starken Politiker Erdogan vor Augen, kann man nicht leugnen, dass die Türkei unter Erdogan für viele am Balkan ein Role-Model darstellt.

Man könnte jedenfalls schlussfolgern, dass die Frage nach der Ausweitung des Einflusses der Türkei am Balkan in einem direkten Verhältnis zur Frage nach der zukünftigen Stärke der EU

in der Region steht. Gelingt es der EU, zu einer neuen pro-aktiven Erweiterungspolitik am Balkan zurückzufinden und sich in der Zukunft als ein nach vielfältigen Krisen der letzten Jahre erstarktes demokratisches Role-Model zu präsentieren, wird man einem weiteren – und möglicherweise auch negativen – Einfluss der Türkei unter Erdogan in der Region mittel- bis langfristig entgegenwirken können. Bei einer

derzeit nicht wahrscheinlichen positiven Wende in den Beziehungen zwischen der Türkei und der EU, würde man hingegen gemeinsam auch am Balkan zu einem neuen koordinierten und harmonischeren politischen Vorgehen finden können, was sicherlich für die Entwicklung der Region des Westbalkans von großer positiver Bedeutung sein würde.

Literatur

Al Jazeera Balkans, 11.10.2017, <http://balkans.aljazeera.net/vijesti/erdogan-u-sandzaku-vasa-bol-je-nasa-bol>

Balkan Insight, 23.2.2018, <http://www.balkaninsight.com/en/article/bosnians-query-goals-of-new-turkish-lobby-group-02-23-2018>

Capital.ba, 25.1.2017, <http://www.capital.ba/turci-najblizi-gradnji-autoputa-od-sarajeva-do-beograda-od-800-miliona-evra/> Clewing/Schmitt 2011

Clewing, Konrad, Oliver Jens Schmitt (Hg.), Geschichte Südosteuropas. Vom frühen Mittelalter bis zur Gegenwart, Regensburg 2011

Jergovic, Miljenko, Is Europe losing the Balkans?, in: New Eastern Europe, May-August No 3-4/2017, S.7-14

Kosmo, 27.10.2017, <https://www.kosmo.at/tuerkei-moechte-handelsvolumen-mit-bosnien-herzegowina-auf-eine-milliarde-euro-steigern/>

Levitsky, Steven; Way, Lucan A.: Competitive Authoritarianism. Hybrid Regimes after the Cold War. Cambridge 2010.

Radio Slobodna Evropa, Vraca li se Turska neootomanskim ambicijama na Balkan? (Kehrt die Türkei mit neo-otomatischen Ambitionen auf den Balkan zurück?), 17.4.2017, www.slobodnaevropa.org/a/turska-refrendum-balkan/28434948.html

Vracic, Alida, Turkey's Role in the Western Balkans, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2016.

Vuksanovic, Vuk, 17.10.2017, in "The National Interest", <http://nationalinterest.org/feature/how-the-balkans-were-won-turkish-foreign-policy-success-22771>